

Thema	In der Enquete-Sitzung am 15. 11. 2012 aufgeworfene Fragestellung	ergänzende Quellenangaben von Prof. Dr. Hüther	ergänzende Quellenangaben von Prof'n Dr. Biesecker
Gender Pay Gap	<p>Prof. Hüther legt zum Verdienstabstand zwischen erwerbstätigen Frauen und Männern dar, dass unter Berücksichtigung entlohnungsrelevanter Teile der Gender Pay Gap geringer als der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Durchschnittswert von 23 % ausfalle.</p> <div data-bbox="443 624 842 884" style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px auto; width: fit-content;"> <p style="text-align: center;"> Deutscher Bundestag Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität Kommissionsmaterialie M-17(26)32 15. Oktober 2012 </p> </div>	<p>Lt. IW-Ausarbeitung (Vgl. Christina Anger / Jörg Schmidt, 2010, Gender Pay Gap: Gesamtwirtschaftliche Evidenz und regionale Unterschiede, in: IW-Trends, Nr. 4.) liegt der Verdienstabstand unter Berücksichtigung von Merkmalen wie bspw. Bildungsstand, Berufserfahrung und Erwerbsumfang bei 13 % anstelle eines dort zugrunde gelegten Ausgangswerts von 29 % (Daten des Sozio-oekon. Panels). Frauen mit sehr kurzen Erwerbsunterbrechungen wiesen einen Verdienstabstand von 4 % auf, was statistisch nicht mehr signifikant sei.</p> <p><u>Hinweis hierzu:</u> SV PD Dr. Reuter hatte in der am 6. November 2012 übermittelten Mail auf eine Stellungnahme von Prof. Jutta Allmendinger, Keine Spur von gleichem Lohn – Taschenspielertrick mit fiktiven Berechnungen‘ und den Aufsatz von Dr. Christina Klennert ‚Ursachen der großen geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede in Deutschland‘ hingewiesen</p>	<p>Das Statistische Bundesamt (2010) gibt den Gender Pay Gap für 2008 mit 23,2 Prozent an. Hierzu heißt es im Ersten Gleichstellungsbericht des BMFFSJ von 2011: „Ökonomische Analysen haben gezeigt, dass sich mehr als die Hälfte dieses Lohnunterschiedes nicht durch unterschiedliche soziale und berufliche Merkmale von Frauen und Männern erklären lässt (z.B. Ziegler et al. 2010). Hier muss daher von Lohndiskriminierung gesprochen werden.“ (Gleichstellungsbericht, S. 137)</p> <p>Weiter wird darauf hingewiesen, dass die über den Lebenslauf kumulierten Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern „zu einer noch erheblich größeren Geschlechterlücke“ führen: „Den Längsschnittdaten der AVID zufolge erreichen z.B. bei den 1936 bis 1955 Geborenen die Frauen nur 42 Prozent des Lebenserwerbseinkommens der Männer. Über den Lebensverlauf ergibt das eine Einkommenslücke von 58 Prozent.“ (ebenda, S. 138)</p> <p>Abschließend merkt der Bericht an: „Um die geschlechtsspezifische Lohnlücke effektiv zu verringern, bedarf es daher neben praktischer Maßnahmen und Instrumente auch eines normierten und rechtlichen Anspruchs auf</p>

			<p>gleiches Entgelt für gleichwertige Tätigkeiten in Deutschland (Ladkowski et al. 2010). Das AGG ist in dieser Hinsicht zu ergänzen.“ (ebenda, S. 145). Und der Global Gender Gap Report 2012 des Weltwirtschaftsforums sieht Deutschland bezüglich der Geschlechtergerechtigkeit insgesamt zwar auf Platz 13 von 135 Ländern. Bezüglich der Lohnungleichheit jedoch liegt Deutschland nach dieser Studie auf Platz 90.</p> <p>Quellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2011: Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebenslauf. Erster Gleichstellungsbericht. Bundestags-Drucksache 17/6240 vom 16.6.2011 – (Der Gleichstellungsbericht analysiert den Gender Pay Gap von S. 137 bis S. 146, in Abschnitt 5.8. Hier finden sich auch viele Material- und Literaturhinweise). – Weltwirtschaftsforum 2012: Global Gender Gap Report 2012
<p>Arbeitszeitreduzierung und bürgerschaftliches Engagement („leere Arbeit“)</p>	<p>Prof. Hüther verweist auf soziologische Studien (u.a. Engagementbericht der Bundesregierung), die sich zugespitzt wie folgt zusammenfassen ließen: „Wo das Erwerbsleben leer ist, ist in der Regel auch das Privatleben leer.“ Also sei die Hoffnung trügerisch, weniger Zeit in der Erwerbstätigkeit führe au-</p>	<p>Vgl. Erster Engagementbericht „Für eine Kultur der Mitverantwortung“, 2012, Kapitel III, Absatz 2.4.</p>	<p>In der Anhörung ging es bezüglich der (Erwerbs)Arbeitszeitreduzierung nicht nur um das Verhältnis zum bürgerschaftlichen Engagement (BE), sondern auch und insbesondere um das Verhältnis zur unbezahlten Sorgearbeit. Beide Tätigkeiten sind völlig unterschiedlich: Beim BE geht es um eine</p>

	<p>tomatisch zu mehr bürgerschaftlichem Engagement. Das Gegenteil sei korrekt: Erwerbstätige hätten eine andere soziale Einbindung und seien auch stärker bürgerschaftlich engagiert.</p>		<p>„freiwillige, nicht auf das Erzielen eines persönlichen materiellen Gewinns gerichtete, auf das Gemeinwohl hin orientierte, kooperative Tätigkeit. Sie entfaltet sich ... im öffentlichen Raum der Bürgergesellschaft“ und ist durch „Selbstorganisation, Selbstermächtigung und Bürgerrechte“ gekennzeichnet (Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002, S. 90). BE schafft Sozialkapital, gesellschaftliche Bindungskraft. Unbezahlte Sorgearbeit dagegen spielt sich im privaten Raum ab, ist nicht freiwillig, sondern lebensnotwendig, orientiert sich an den Bedürfnissen der zu Umsorgenden und schafft so Lebensmöglichkeiten. Sie wird auch in Deutschland zu mehr als 90% von Frauen geleistet. Mein Votum für eine starke Reduzierung der Erwerbsarbeit begründete sich vor allem aus der Notwendigkeit, insbesondere für Männer Zeit für diese Sorgearbeit freizugeben. Dass all dies – Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, BE - zusammenhängt, wird im Folgenden deutlich:</p> <p>(a) Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, der ich von 2000 – 2002 angehörte, hat die Frage nach dem Verhältnis von der Länge der (Erwerbs)Arbeitszeit und dem BE für Frauen und Männer unterschiedlich</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

		<p>beantwortet (vgl. den Bericht der Kommission 2002, S. 197 ff.): Da berufstätige Frauen immer auch verantwortlich für die Sorgearbeit sind, sind sie zum einen von vornherein weniger bürgerschaftlich engagiert (Engagementquote der Männer 1999: 38%, die der Frauen: 30%), und zum anderen sinkt ihre Engagementzeit mit steigender Erwerbsarbeitszeit. Insgesamt hält die Kommission fest: „Während das Engagement von Frauen ganz offensichtlich mit den zeitlichen Anforderungen von Familie und Erwerbsarbeit konkurriert, spielt das Arbeitsvolumen für das Engagement von Männern keine Rolle: Unabhängig von ihrer Wochenarbeitszeit gehören erwerbstätige Männer zu den überproportional Engagierten (vgl. Zierau 2000: 57-62.).“ (Bericht 2002, S. 100) Und für beide Geschlechter hält die Kommission fest: „Günstige Einkommensverhältnisse und ein hoher Berufsstatus erhöhen – ebenso wie ein hohes Bildungsniveau – die Bereitschaft, sich bürgerschaftlich zu engagieren (vgl. Zierau 2000: 100f.).“ (ebenda) Fazit: BE muss man sich leisten können, finanziell und zeitlich, und man muss über die nötige Handlungskompetenz verfügen.</p> <p>(b) Es gibt also auch einen „Gap“ im Bereich des BE – Frauen sind auch hier benachteiligt, weil sie die fast alleinige Verantwortung für die unbe-</p>
--	--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

		<p>zahlte Sorgearbeit haben. Ihnen fehlt die Zeit für mehr BE. Wollte man hier Geschlechtergerechtigkeit herstellen, hieße dies, Männer stärker an dieser Sorgearbeit zu beteiligen – und dafür ist eine Reduzierung der Erwerbsarbeit nötig. Allerdings führt diese Reduzierung nicht automatisch zu mehr männlicher Sorgearbeit, wie das Beispiel des sog. VW-Modells zeigt: Damit ist das neue Arbeitsmodell gemeint, das VW zum 1.1.1994 einführte. Die Arbeitszeit wurde von 35 auf 28,8 Wochenstunden verkürzt. Diese Reduktion betraf fast ausschließlich Männer, sodass die Frage untersucht werden konnte, ob deren freigesetzte Zeit jetzt für Sorgearbeit verwendet wurde (vgl. Jürgens/ Reinecke 1998). Das Ergebnis zeigte, dass es keinen Automatismus in diese Richtung gab, sondern dass es von dem jeweils gelebten Geschlechterarrangement in der Familie abhing, wie der Mann die freie Zeit verwendete: In Familien mit traditioneller Rollenteilung beteiligten sich die Männer nicht an der Hausarbeit, sondern verwendeten die freie Zeit für Hobbys. In Familien mit beiderseitiger Erwerbstätigkeit dagegen übernahmen die Männer Teile der Sorgearbeit, wodurch entweder die Frauen ihre Berufstätigkeit ausdehnen konnten oder beide mehr freie Zeit genossen.</p> <p>(c) Fazit: Die Auswirkungen von</p>
--	--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

			<p>Erwerbsarbeitszeitverkürzungen bezüglich BE und Sorgearbeit hängen stark von gelebten Normen und Rollen im Geschlechterverhältnis ab. Je egalitärer dieses Verhältnis ist, desto stärker steigt die Sorgearbeitszeit der Männer – und damit auch die Möglichkeit für Frauen, sich stärker am BE und/oder an der Erwerbsarbeit zu beteiligen. Auch hier geht es somit um Gleichwertigkeit im Geschlechterverhältnis – und damit auch um Normen.</p> <p>Quellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Jürgens, K./ Reinecke, K. (1998): Zwischen Volks- und Kinderwagen: Auswirkungen der 28,8-Stunden-Woche bei der VW AG auf die familiäre Lebensführung von Industriearbeitern. Berlin: Sigma – Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Op-laden: Leske + Budrich
<p>Exportüberschuss</p>	<p>SV Dr. Reuter macht geltend, dass das deutsche Exportmodell mit Leistungsbilanzüberschüssen, die Deutschland im Wesentlichen mit den europäischen Südländern erziele, zu rund 80 Prozent das Wachstum in Deutschland erklären könne. Exportorientiertes Wachstum habe zur europäischen Schuldenkrise geführt, denn Leistungsbilanzüber-</p>	<p>Vgl. Busch, Berthold; Grömling, Michael; Matthes, Jürgen, 2011, Ungleichgewicht in der Eurozone. Ursachenanalyse und wirtschaftspolitische Empfehlungen, IW-Analysen, Nr. 74, S. 68 ff.</p> <p>Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln in Zusammenarbeit mit der IW Consult GmbH: Die Messung der in-</p>	<p>Hier stimme ich dem Sachverständigen Norbert Reuter zu.</p>

	<p>schüsse seien nur möglich, wenn andere Länder sich verschuldeten. Prof. Hüther hält entgegen, Exportüberschüsse seien Ausdruck eines Pfades unterschiedlicher Industrialisierung.</p>	<p>dustriellen Standortqualität in Deutschland. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) Sept 2012. http://www.iwkoeln.de/de/presse/veranstaltungen/beitrag/94829</p>	
<p>Entwicklung atypischer Beschäftigung</p>	<p>Prof. Hüther legt dar, der Anstieg der sogenannten „prekären“ (atypischen) Erwerbsformen sei nicht durch Umwandlung von Normalarbeitsverhältnissen gespeist worden, sondern durch Mobilisierung von Menschen, die vorher in der stillen Reserve oder in der registrierten Arbeitslosigkeit gewesen seien. Der Befund ergebe sich aus den Daten des sozio-oekonomischen Panels.</p>	<p>Vgl. Schäfer, Holger, 2010, Sprungbrett oder Sackgasse? Entwicklung und Strukturen von flexiblen Erwerbsformen in Deutschland, in: IW-Trends, Nr. 1, S.47-63. Vgl. H. Schäfer, O. Stettes, 2012, Wachstum und Beschäftigungsperspektiven. In: IW Köln (Hg.): Wirtschaftswachstum?! Köln 2012, S. 225 ff..</p>	<p>Hierzu gibt es viele Statistiken und Einzeluntersuchungen. Da für die Enquete-Kommission auch die Frage von Wohlfahrt und Lebensqualität in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt, empfehle ich folgende Studie: Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut (unter Mitarbeit von Susanne Schulz und Barbara Zimmer) (2011): Atypische Beschäftigung und soziale Risiken. Entwicklung, Strukturen, Regulierung. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. WiSo-Diskurs Oktober 2011 Die Studie wertet viele Einzelstudien aus. Sie systematisiert umfangreiches empirisches Material und zeigt als Tendenz die Zunahme der atypischen Beschäftigungsverhältnisse, verbunden mit steigenden Prekaritätsrisiken. Das Normalarbeitsverhältnis verliert an Bedeutung.</p>